



BPW SWITZERLAND
Business & Professional Women



GRÜNE
Grüne Partei der Schweiz



CVP
Frauen



BDP
Bürgerlich-Demokratische
Partei Schweiz



SGBIUSS

grünliberale

FDP
Die Liberalen
Frauen



SP
SP Frauen Schweiz
Femmes socialistes suisses
Donne socialiste svizzere

Medienmitteilung

Bern, 15. September 2013

Kein Rückschritt ins Familienmodell des letzten Jahrhunderts Nein zur SVP Familieninitiative

Die SVP will mit dieser ihrer Initiative das Familienmodell des letzten Jahrhunderts mit der Frau als Hausfrau und dem Mann als Ernährer in der Verfassung verankern. Dagegen wehren wir uns - wir Frauen lassen uns von der SVP nicht unser Familienmodell vorgeben. Jede Frau und jeder Mann sollen selbstbestimmt und ohne staatliche Subventionen entscheiden können, wie sie ihr Leben gestalten wollen. Es darf nicht sein, dass sich eine Erwerbstätigkeit beider Eltern aufgrund der Steuerprogression und der Kosten für die Fremdbetreuung finanziell nicht lohnt.

Die Initiative hört sich verlockend an. Niemand will Müttern, die ihre Kinder selber betreuen, die verdiente Wertschätzung verwehren. Darum geht es aber nicht, die SVP will mit der Familieninitiative das "klassische" Familienmodell mit der Frau als Betreuerin Hausfrau und dem Mann als Ernährer in der Verfassung verankern. Gleichzeitig legt die Partei all jenen Familien Steine in den Weg, die auf finanzierbare Krippenplätzen und Tagesschulen angewiesen sind. Weshalb Klartext gesprochen werden muss: Mit der SVP-Familieninitiative sollen die Frauen wieder zurück an den Herd!

Steuertechnischer Unsinn

Die SVP-Familieninitiative ist ein steuertechnischer Unsinn und völlig systemfremd. Vergleichbar wäre ein Pendlerabzug für Nicht-Pendler. Oder ein steuerlicher Abzug für eine berufliche Weiterbildung, die gar nicht absolviert wurde. Und wieso kann man dann nicht auch einen Abzug machen für die Betreuung seiner alten kranken Eltern? Weiter würde mit der Einführung des Pauschalabzuges für Mütter, die ihre Kinder selber betreuen geschätzte Steuerausfälle von rund 390 Millionen Franken entstehen.

Die Steuerausfälle sind das eine, der volkswirtschaftliche Schaden das andere: Gut ausgebildete Frauen und Männer würden steuerlich bestraft, wenn sie einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Diese Forderung stammt ausgerechnet von der Partei, die die Zuwanderung einschränken will, dies trotz hohem Fachkräftemangel. Widerspruch, um Widerspruch. Daher ein klares NEIN zur SVP-Familieninitiative

Auskünfte:

SP Frauen Schweiz: Nationalrätin Yvonne Feri, 079 781 20 43 BDP,

BPW: Nationalrätin Ursula Haller, 079 330 72 60

GLP: Nationalrätin Tiana Moser, Fraktionspräsidentin, 076 388 66 81

Grüne Frauen: Katharina Prelicz-Huber, Präsidentin, 076 391 79 15

CVP Frauen: Nationalrätin Barbara Schmid-Federer, 079 629 54 49

FDP.Die Liberalen Frauen: Carmen Walker Späh, Präsidentin, 079 575 67 66

SGB Frauenkommission: Christina Werder, 079/341 90 01